

Hitze-Höllen im Südwesten: DUH kritisiert Städte für fehlendes Grün

Deutsche Umwelthilfe kritisiert Südwest-Städte für unzureichenden Hitzeschutz: zu wenig Grün, zu viel Versiegelung.

Die Hitze in den Städten Deutschlands wird zunehmend zu einem Thema, das nicht nur die direkte Umwelt, sondern auch die Lebensqualität der Bürger beeinflusst. Laut der Deutschen Umwelthilfe (DUH) erfüllen viele Städte im Südwesten die Anforderungen an einen wirkungsvollen Hitzeschutz nicht. Dies ist besonders wichtig, da die Auswirkungen des Klimawandels immer spürbarer werden und sich das städtische Leben erheblich verändern könnte.

Heilbronn und andere betroffene Städte

In der aktuellen Untersuchung der DUH befindet sich die Stadt Heilbronn am Ende des Rankings. Diese Kommune weist einen hohen Anteil an versiegelten Flächen und eine unzureichende Anzahl von Bäumen und Hecken auf, was sie zu einer von den Experten als «Hitze-Hölle» bezeichneten Stadt macht. In der Mitte der Rangliste stehen bedeutende Städte wie Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg, während Orte wie Ludwigsburg, Mannheim und Rastatt ebenfalls in der Kritik stehen.

Die Bedeutung von Grünflächen

Die Deutsche Umwelthilfe hat festgestellt, dass unversiegelte Böden und Grünflächen entscheidend sind, um den Temperaturanstieg in Städten zu mildern. Bäume, Büsche und

Wiesen spielen eine zentrale Rolle beim Klimaschutz. Besonders große Bäume können durch ihre Eigenschaft, Schatten zu spenden und Wasser zu verdunsten, als Kühlmittel wirken. Dieses Erkenntnis ist von entscheidender Bedeutung, da die Sommer immer heißer werden und das Wohlergehen der Stadtbewohner gefährdet ist.

Reaktionen der Stadtverwaltungen

Auf die Bericht Veröffentlichung hat die Vize-Hauptgeschäftsführerin des Städtetags Baden-Württemberg, Susanne Nusser, reagiert. Sie betont, dass die Städte dringend Unterstützung benötigen, um sich an den Klimawandel anzupassen. Dies betrifft sowohl finanzielle als auch fachliche Aspekte. Des Weiteren fordert sie eine stärkere Beteiligung der Bürger bei solchen Initiativen.

Gesamtheitliche Maßnahmen zur Verbesserung

Obwohl die DUH vorschlägt, bundesweite Standards für die Begrünung, etwa von Schulhöfen, einzuführen, sieht Nusser in verbindlichen Regelungen keine Lösung. Sie argumentiert, dass ein einheitlicher Rechtsrahmen wesentlich gelenkter und individueller auf die Bedürfnisse der verschiedenen Kommunen angepasst werden sollte. Dies zeigt, dass die Herangehensweise an dieses Problem differenziert und anpassungsfähig sein muss.

Fazit: Umdenken ist gefragt

Diese Situation unterstreicht die Notwendigkeit eines grundlegenden Umdenkens in der Stadtplanung. Um den Herausforderungen des Klimawandels gerecht zu werden, müssen mehr Grünflächen geschaffen und versiegelte Flächen reduziert werden. Dies ist entscheidend für die zukünftige Lebensqualität in den Städten und verlangt ein gemeinsames Handeln von Kommunen, Bürgern und dem Bund.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de